

Beginn: 18:20 Ende: 22:00
Protokollantin: Lisa Waimann

Top 1: Formalia

a) Begrüßung

Jonas Damian (Juso-HSG / StuPa-Vorsitz) eröffnet die Sitzung.

b) Feststellung des Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung

Das StuPa ist beschlussfähig, niemand moniert die Einladung.

Anwesend:

StuPa-Mitglieder: Hendrik Unger (g*al), Malin Houben (g*al), Felix Eikmeyer (g*al), Christian Osinga (Kompass), Henrik Pruisken (ghg*ol), Alexander Wiegand (ghg*ol), Oliver Nißing (ghg*ol), Ingwar Petersen (ghg*ol), Jessica Schiebel (ghg*ol), Sven Goedde (ghg*ol), Lisa Waimann (ghg*ol), Charlotte Renda (ghg*ol), Harald Tiemann (CSU), Jan Seelhorst (DWW), Lena Zakowski (:uniLinks!_ro.s.a.), Paul Buckermann (:uniLinks!_ro.s.a.), Malte Diercks (:uniLinks!_ro.s.a.), Jonas Damian (Juso-HSG), Sonja König (Juso-HSG), Johannes Zück (Juso-HSG), Katharina Bolgen (Juso-HSG), Stefan Pieplau (Juso-HSG), Matthias Weber (BieLi), Isabelle Sandow (Piraten), Benjamin Görler (Piraten), Theodora Aslan (RCDS), Henning Bielefeld (LHG)

AStA: Diether Horstmann (g*al), Lisa Brockerhoff (ghg*ol)

entschuldigt: Anna Nigbur (g*al), Caner Gel (ghg*ol), Janosch Stratemann (ghg*ol), Vanessa Kleinekathöfer (ghg*ol), Antu Munoz (ghg*ol), Mia Nina Youn (ghg*ol), Britta Hamann (ghg*ol), Katharina Hoß (ghg*ol), Luise Stein (ghg*ol), Daniel Krenz-Dewe (uniLinks!_ro.s.a.), Arne-Goran Müller (BieLi), Niklas Meyer (RCDS)

unentschuldigt fehlend: Roga Sahba Afradi (LHG)

c) Wahl eine Protokollführerin / eine Protokollführers

Lisa Waimann (ghg*ol) bietet an, das Protokoll zu schreiben. Es gibt keinen Widerspruch.

d) Feststellung des Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in folgender, geänderter Form angenommen:

Top 1: Formalia

a) Begrüßung

b) Feststellung des Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung

c) Wahl eine Protokollführerin / eine Protokollführers

d) Feststellung des Tagesordnung

Top 2: Protokollgenehmigungen

Top 3: Gäste

Top 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Top 5: Bericht des AStA

Top 6: Berichte aus Senat und Kommissionen

Top 7: Neumöbilierung des AStA-Sekretariats

Top 8: Beratung über Aufwandsentschädigungen

Top 9: Weltsozialforum 2011 in Dakar

Top 10: Wahlen und Nominationen

a) Wahlen für die studentische Vertretung im Wahlausschuss

Top 11: Beratung über den Gremienstudi-Emailverteiler

Top 12: Anträge

Top 13: Sonstiges

Top 2: Protokollgenehmigungen

Es liegt kein Protokoll vor.

Top 3: Gäste

Die **Fachschaft Psychologie** berichtet, dass am Wochenende die Bundesfachschaftstagung Psychologie stattfindet. Die Kosten sollten nach derzeitiger Kalkulation gedeckt sein, dennoch möchte die Fachschaft eine Ausfallbürgschaft beantragen. **Christian Osinga (Kompass)** meint, dies sollte über Teilnahmebeiträge geregelt werden. **Malin Houben (g*al)** ist der Meinung, die Ausfallbürgschaft sollte beziffert werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2000 €. Die Ausfallbürgschaft würde nach Einschätzung der Fachschaft maximal zehn Prozent betragen. Eine Begrenzung auf maximal 300 € wird in den Antrag aufgenommen.

Antrag:

„Hiermit beantragen wir beim Studierendenparlament die Bewilligung zusätzlicher Finanzmittel zur Kostendeckung im Falle eines unerwarteten Verlustes bei der Ausrichtung der Psychologie Fachschaften Konferenz bis zu einer Höhe von 300 Euro.“

Bufata Psychologie	Ja	Nein	Enthaltung
	19	0	1

Damit ist der Antrag angenommen.

Top 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Oliver Nißing (ghg*ol / StuPa-Vorsitz) berichtet, dass der StuPa-Vorsitz damit befasst ist, die studentische Besetzung von Gremien zu veröffentlichen. **Henrik Pruiskén (ghg*ol)** fragt nach bestehenden Schwierigkeiten. **Oliver** erklärt, sie seien noch nicht dazu gekommen, alle Protokolle durchzusehen.

Top 5: Bericht des AStA

Lisa Brockerhoff (ghg*ol / AStA-Vorsitz) berichtet, dass der AStA weiter an einer SchülerInnen-Infobroschüre arbeite. Außerdem fände eine Fortsetzung der BeraterInnen-Fortbildung im Umgang mit Studierenden mit psychischen Problemen statt. Der AStA organisiert weiterhin derzeit intensiv die Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie (21.-28.01.). Das Programm ist auf der Homepage des AStA zu finden.

Max Schneider (AStA-Vorsitz) berichtet von zwei arbeitsintensiven LandesAStenTreffen (LAT). Es soll eine neue Vereinbarung festgelegt werden, da derzeit das Konsensprinzip in Frage gestellt wird und einige ASten bevorzugen künftig mit einer 3/4-Mehrheit zu entscheiden. Dies wird vom Bielefelder Uni-AStA abgelehnt. Diskutiert werden soll auch die Vertretungslegitimität. Vor kurzem ist der LAT-Koordinator zurückgetreten, eine Nachfolge wird noch gesucht.

Außerdem hat der AStA eine Anfrage ans Ministerium bezüglich des Hochschulrates geschickt, welche nach zwei Monaten relativ aussagenfrei beantwortet wurde.

Henrik Pruiskén (ghg*ol) fragt nach dem Bio-Einkaufskollektiv, da er gehört hat, dass dieses eingestellt wurde. Dies wird vom AStA bestätigt und damit begründet, dass die Nachfrage nicht groß genug gewesen sei. Außerdem erklärt **Max**, dass das Ökoreferat kleiner geworden ist, da

Barbara ins Hopo-Referat gewechselt ist.

Diether Horstmann (g*al / Finanzreferat) berichtet, dass er mit dem Abschluss des letzten Haushaltsjahres beschäftigt ist. Außerdem arbeitet er an der AE-Umstellung. Diesbezüglich verweist er auf Top acht.

Lisa Waimann (ghg*ol) fragt nach, warum der AStA nicht mit Svenja Schulze (Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung NRW) sprechen will, wenn diese in Bielefeld ist. **Hendrik Unger (g*al / Öffentlichkeitsreferat)** meint, diese sei absolut nicht vertrauenswürdig und der AStA wolle keine Hintertürgespräche führen. **Jonas Damian (Juso-HSG / StuPa-Vorsitz)** hingegen erinnert an Svens Frage wie sich der AStA in der Struktur verorten würde und in einem System arbeiten wolle, das grundsätzlich abgelehnt werden würde. Er meint, dass der AStA diesen Spagat offenbar nicht schafft und ist enttäuscht. **Diether** verweist auf das Gespräch des Münsteraner AStA mit Svenja Schulze, welches ausschließlich Imagepflege des Ministeriums gewesen sei. **Hendrik** stellt klar, dass es Kommunikation mit Ministerien und weiteren offiziellen Stellen per Pressemitteilungen und offenen Briefen gebe. **Jonas** ist aber der Meinung, StellvertreterInnenpolitik funktioniere über direkte Gespräche und erwartet, dass der AStA mit offiziellen Stellen spreche. **Malin Houben (g*al)** erklärt, der AStA müsse nicht mit allen sprechen und könne sich auch gegen Gespräche dieser Art positionieren. Dies seien ihre Erwartungen an den AStA. **Henrik** findet die Postpolitik des AStA gut, meint aber, dass es doch Sinn macht, die Ansinnen direkt zu besprechen, wenn sich die Möglichkeit bietet. So könne man die Personen besser einschätzen. **Oliver Nißing (ghg*ol / StuPa-Vorsitz)** freut, dass der AStA eine fundierte Meinung dazu hat, befürchtet aber eine verpasste Chance. **Lisa Waimann (ghg*ol)** fragt nach der Entscheidung hinsichtlich der Positionierung zu Rektorat, Senat und Verwaltung, da diese in vielen Punkten, noch stärker abweichende Meinungen vertreten. **Felix Eikmeyer (g*al)** weist darauf hin, dass auch in vorherigen ASten in Einzelfällen entschieden und auch nicht mit Andreas Pinkwart gesprochen worden ist. **Diether** stellt klar, dass die Ablehnung eines Gesprächs entsprechend mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden soll. Laut **Max** hat es lange Diskussionsprozesse im AStA gegeben. Auch Gespräche mit dem Rektorat seien bisher nicht befriedigend gelaufen.

Christian Osinga (Kompass / Verkehrsgruppe) erklärt, es sei geplant, die UniCard zum 1.5.2011 einzuführen. Der Umsetzung dieses Plans gibt er eine Chance von 30 Prozent.

Top 6: Berichte aus Senat und Kommissionen

Sonja König (Juso-HSG) berichtet aus der §8-Kommission, dass das Rektorat sich über Beschlüsse der Kommission hinweggesetzt hat und mehr Geld als empfohlen in einige Projekte gesteckt hat. Dies wurde mit einem Geldüberschuss begründet. Die studentischen Mitglieder fragen sich, was dann der Sinn der Kommission ist. **Paul Buckermann (:uniLinks!_r.o.s.a.)** fragt, ob geplant sei, weiter zu Kommissionssitzungen zu gehen. Wie **Sonja** erklärt, muss dies überlegt werden. Man müsse schauen, wie die Diskussion weitergeht und wie sich das Rektorat verhält. **Paul (:uniLinks!_r.o.s.a.)** meint man könne zu der Idee arbeiten, die Kommission zentral und auf Fakultätsebene zu boykottieren.

Christian Osinga (Kompass) berichtet aus der §11-Kommission, dass Herr Gepardt erneut zum Vorsitzenden gewählt wurde. Oliver Nißing ist stellvertretender Vorsitz geworden. Auf der letzten Sitzung hat Herr Hellermann einiges zur Raumplanung erzählt und erklärt, aktuelle Projekte sollen aus Studiengebühren bezahlt werden.

Christian (Kompass) berichtet außerdem in seiner Funktion als Verwaltungsratsmitglieds des

Studentenwerks. Die Mensa hat nun bis 14:15 geöffnet. **Malin Houben (g*al)** fragt, wie das durchgesetzt wurde, da dies zuvor abgelehnt worden war. **Christian** weist auf nun höhere Sozialbeiträge hin, die dies ermöglichen. **Sven Goedde (ghg*ol)** spricht an, dass das Glashaus zur Mensakarten-Aktualisierung sehr knappe Öffnungszeiten hat und dies immer wieder zu Problemen für Studierende führt. **Christian** fände eine Öffnung bis 18 Uhr sinnvoll.

Malin (g*al) erläutert, dass es sehr schwer ist, sich in der Uni vegan zu ernähren. Eine Anfrage beim Studentenwerk nach einer Liste der Inhaltsstoffe und die Bitte um Kennzeichnung hat ergeben, dass dies dem Studentenwerk angeblich gesetzlich nicht möglich sei. Sie möchte, dass basal vegane Gerichte als solche gekennzeichnet werden. Das Westend versuche dies bereits. Sie bittet Christian diesbezüglich aktiv zu werden. **Christian** meint, dass dies von vielen Seiten begleitet werden sollte. Er fragt sich, wie gut die Kennzeichnung handhabbar ist, da die Frage besteht, was Zulieferer bereits zufügen. **Theodora Aslan (RCDS)** fragt Malin, ob sie ausschließlich die Kennzeichnung oder auch neue vegane Gerichte fordert. Sie kennt viele Betroffene und spricht sich ebenfalls für eine Angabe aus. Vegane Ernährung sieht sie nicht als sehr selten und hält es für sinnvoll ein veganes tägliches Gericht in der Mensa einzuführen. **Marvin Kühler (BieLi)** fragt, warum die Studentenwerke keinen Druck auf die Zulieferer ausüben können. **Christian** erklärt darauf, dass die Mengen, die abgenommen werden, gar nicht so groß sind, da es viele Zulieferer gibt. **Malin (g*al)** führt aus, dass ihr Wunsch ausschließlich auf Zutaten und nicht auf Spuren oder Produktionsmittel bezogen ist. Sie meint, es müsse möglich für das Studentenwerk sein, Allergene und Zusatzstoffe auszuzeichnen. Dies würde auch einen KundInnenzugewinn bedeuten. **Felix Eikmeyer (g*al)** erklärt, er habe Lebensmitteltechnologie studiert und wisse, dass alle Firmen nachvollziehen können, was in ihren Produkten beinhaltet ist. Das Studentenwerk müsse dann alle eingekauften Lebensmittel auswerten. Er weist aber daraufhin, dass nicht alles durch die Hersteller angegeben werden muss. **Dorothea Ganz (g*al / Ökologiereferat)** hält eine Regelung, nach besten Möglichkeiten auszuzeichnen, für sinnvoll. Sie ist diesbezüglich im Gespräch mit dem Studentenwerk. **Sven (ghg*ol)** weist auf weiterverkaufte Fertigprodukte hin, deren Inhaltsstoffe beim Letztabnehmer dann nur noch zu 90 Prozent deklariert sind. Bei einem Tiefkühlgericht hätte eine Nachverfolgung letztlich 2000 Inhaltsstoffe ergeben. Kritisch sieht er, dass das Studentenwerk, nach besten Wissen und Gewissen Angaben machen soll, da dies im Fehlerfall schwerwiegende Konsequenzen haben könnte. **Malin (g*al)** entgegnet, sie habe gesagt, die Mensa solle bei den Gerichten Angaben machen, bei denen sie sicher sei. Problematisch findet sie auch die nicht vorhandene Kennzeichnung der Backwaren in der Cafeteria. Sie möchte das Recht haben, Dinge, die sie nicht essen möchte, nicht zu essen. Ein Anfang dafür ist eine Deklaration der bekannten Inhaltsstoffe. Sie fände es schön, wenn diesbezüglich von verschiedenen Seiten Druck gemacht werden würde. **Christian** verspricht, dies an das Studentenwerk weiterzugeben. **Malin (g*al)** weist daraufhin, dass es natürlich immer eine persönliche Entscheidung ist, wo man seine Grenzen zieht. EinE VeganerIn kann bei gekennzeichneten Produkten entscheiden, ob sie ein Gericht essen will, das Spuren von tierischen Produkten beinhalten kann oder nicht. Eine Kennzeichnung ist dafür aber Voraussetzung.

Top 7: Neumöbilierung des AStA-Sekretariats

Lisa Brockerhoff (ghg*ol / AStA-Vorsitz) weist auf den vorliegenden Antrag zum Kauf neuer Möbel für das AStA-Sekretariat hin. Laut **Lisa B. (ghg*ol / AStA-Vorsitz)** haben sich die Arbeitszeiten von den Sekretärinnen wesentlich verlängert und die Möbel seien mittlerweile zehn Jahre alt. Eine Beratung habe ergeben, dass die Räumlichkeiten so oder so nicht den arbeitsrechtlichen Vorgaben entsprechen. Der vorliegende Entwurf ist aus ihrer Sicht barrierefreier, da die jetzige Theke im Gespräch mit Personen in Rollstühlen sehr störend ist.

Der AStA hat drei Angebote zur Neuausstattung eingeholt. Bevorzugt von AStA und Sekretariat wird der Vorschlag von Dyck und Stratemann in Höhe von 6852,88 €, da dieser eine lange

Garantiezeit beinhaltet und die Möbel ökologisch nachhaltig hergestellt sind. **Sven Goedde (ghg*ol)** hält das Angebot für nicht so teuer. Er fragt, was mit den alten Möbeln passieren soll. **Lisa B. (ghg*ol / AStA-Vorsitz)** meint, dies müsse noch geklärt werden. Sie könnten weitergegeben werden oder zunächst im Keller eingelagert werden. **Sven (ghg*ol)** sagt, die Möbel seien mit zehn Jahren noch nicht so alt und der AStA könne sie gegebenenfalls weiter nutzen. **Diether Horstmann (g*al / Finanzreferat)** meint, einiges sollten ins Finanzreferat gestellt werden. **Lisa B. (ghg*ol / AStA-Vorsitz)** betont, die Möbel würden nicht weggeworfen werden. Weiterhin weist **Diether** daraufhin, dass sich arbeitsrechtliche Bestimmungen auch durch die Verlängerung von Arbeitszeiten ändern. Dies ist bei den Sekretärinnen der Fall.

Antrag AStA:

„Die Studierendenschaft der Uni Bielefeld kauft das Mobiliar für das AStA-Sekretariat bei Dyck und Stratemann Büroeinrichtung (Angebot 1) für 6.852,88 Euro inklusive Mehrwertsteuer.“

Renovierung	Ja	Nein	Enthaltung
	22	0	2

Damit ist der Antrag angenommen.

:uniLinks!_r.o.s.a nimmt eine 15-minütige Fraktionspause

Top 8: Beratung über Aufwandsentschädigungen

Diether Horstmann (g*al / Finanzreferat) erläutert, dass AE-Bezüge an ein Gerichtsurteil angepasst werden müssen, das besagt, Aufwandsentschädigungen seien sozialversicherungsabgabepflichtig. Im Raum steht nun, ob man den ArbeitnehmerInnenanteil für Personen mit vollen Stellen übernehmen wolle. Alle anderen AE-Höhen seien davon nicht betroffen, da bei diesen andere Regelungsmöglichkeiten bestünden, sodass nur eine ArbeitgeberInnenabgabe anfällt. **Christian Osinga (Kompass)** fragt, ob die Rechnung in der Vorlage mit rund 115 € nur den ArbeitgeberInnenanteil aufführe. Dies wird von **Diether (g*al / Finanzreferat)** bestätigt. **Johannes Zück (Juso-HSG)** schlägt vor, die Berechnung so vorzunehmen, dass der Nettolohn der geplanten AE von 670 € entspricht. **Jessica Schiebel (ghg*ol)** möchte die Entscheidung vertagen, sodass sich alle noch weiter informieren können und weitere Fälle geprüft werden könnten. **Christian (Kompass)** widerspricht Jessica, da er der Meinung ist, dass die zentralen Informationen vorliegen. Er weist auf die Norm hin, soziales Engagement solle nicht nur den Reichen vorbehalten sein. Deshalb müsse man aus sozialen Gründen auch den ArbeitnehmerInnenanteil übernehmen. **Lisa Brockerhoff (ghg*ol / AStA-Vorsitz)** ist der Meinung, dass man sich in einer generellen Diskussion nicht über alle eventuelle Fälle austauschen könne. Diesen würde man erst in der Praxis begegnen. Sie meint, zunächst sollten die Eckpunkte im StuPa festgelegt werden. **Johannes (Juso-HSG)** weist darauf hin, dass der aktuelle Haushalt die Kosten für den ArbeitnehmerInnenanteil hergibt. **Sven Goedde (ghg*ol)** stellt einen Antrag vor, der Johannes Vorschlag aufgreift, jedoch nur eine Festlegung bis zum Ende der Legislatur vorsieht. Er plädiert für eine Evaluation und eine entsprechende Anpassung an die Konstellationen des nächsten AStA. **Marvin Kühler (BieLi)** fragt, ob nicht beschlossen sei, dass die AEn ab Oktober steigen und ob Sven dies in einer Evaluation verhandelbar sehe. **Sven (ghg*ol)** möchte nur zu Vorsicht bei einem längerfristigen Beschluss warnen. **Diether (g*al / Finanzreferat)** sieht potentiell Fälle auf die Studierendenschaft zu kommen, die enorme Kosten mit sich brächten. So sieht auch er eine Evaluation als sinnvoll an. **Jessica (ghg*ol)** fragt, warum in der Vorlage bei einer Minijob-Regelung Abgaben aufgeführt sind. **Diether (g*al / Finanzreferat)** erklärt, dass bei diesem ArbeitgeberInnenabgaben anfallen. **Jessica (ghg*ol)** fragt sich, woher das Geld in den kommenden Jahren kommen soll. Dies würde sie gern noch einmal durchrechnen. **Christian (Kompass)** meint,

man könne den Beschluss jederzeit wieder ändern. Ein Beschluss sei aber jetzt notwendig, da sonst die AE-Auszahlung gefährdet sei. Weiterhin weist er darauf hin, dass man einen Umgang damit finden müsse, dass kleine Stellen zukünftig günstiger als volle werden. Es gebe damit neue Planungsprobleme bei der AStA-Findung. **Henrik Pruisken (ghg*ol)** plädiert für eine saubere Lösung und meint perspektivisch müsse dann eventuell der Sozialbeitrag erhöht werden. Erfahrungsgemäß sei aber genug Geld da.

Die Juso-HSG nimmt eine 5-minütige Fraktionspause.

Oliver Nißing (ghg*ol / StuPa-Vorsitz) stellt einen zusammengefassten Antrag vor:

„Im Zuge der Anpassung der Abgabentrachtung für die von der Studierendenschaft gewährten Aufwandsentschädigungen an die herrschende Rechtsprechung, gewährleistet die Studierendenschaft einen Beibehalt der derzeit ausbezahlten Netto-AEen durch Ausgleichzahlung des Arbeitnehmer_innenanteils. Diese Zahlung des Arbeitnehmer_innenanteils wird aus UKP 40/45 gebucht. Diese Regelung wird regelmäßig evaluiert.“

AE-Regelung	Ja	Nein	Enthaltung
	23	0	1

Damit ist der Antrag angenommen.

Top 9: Weltsozialforum 2011 in Dakar

*Die g*al nimmt eine 15-minütige Fraktionspause.*

Lena Zakowski (:uniLinks!_r.o.s.a.) verweist auf die Vorlagen. Es gibt eine Gruppe, die zum Weltsozialforum (WSF) fahren und Reisekosten beantragen möchte. Die betreffenden Personen sind anwesend. **Paul Buckermann (:uniLinks!_r.o.s.a.)** findet toll, dass es eine Gruppe gibt, die fahren möchte. Er war im Auftrag des StuPa in Südafrika und hat sehr positive Erfahrungen gemacht. Die Gruppe hat auch sehr viele Materialien zur Aufarbeitung mitgebracht, sodass viele Menschen etwas von der Reise hätten. Deshalb findet er die Idee der WSF-Gruppe gut. Nach seinen Erfahrungen ist eine große Gruppe nötig, um alles organisieren und besuchen zu können. Er erkennt auch an, dass sich die Gruppe so gut vorbereitet hat, obwohl noch nicht klar ist, ob das Geld bewilligt wird.

Antrag:

„Wir bitten das Studierendenparlament der Uni Bielefeld, die Fahrt- und Anmeldekosten der Projektgruppe der Studierendenschaft der Uni Bielefeld „Weltsozialforum 2011“ bis zu 5300 Euro zu erstatten.“

WSF	Ja	Nein	Enthaltung
	12	5	7

Damit ist der Antrag angenommen.

Top 10: Wahlen und Nominationen

a) Wahlen für die studentische Vertretung im Wahlausschuss (zwei reguläre VertreterInnen und zwei StellvertreterInnen)

Es gibt keine Nominationen.

Top 11: Beratung über den Gremienstudi-Emailverteiler

Malin Houben (g*al) erinnert an den bisherigen Diskussionsstand. Es gab mehrere offene Fragen bezüglich der Gestaltung des E-Mail-Verteilers, die aufgrund mangelnder Kenntnis vertagt wurden. Sie möchte wissen, wer sich darum kümmern sollte. Es stehe die Frage im Raum, ob Studierende, die im Rektorat beschäftigt sind auf dem Verteiler verbleiben sollen. **Oliver Nißing (ghg*ol / StuPa-Vorsitz)** erklärt, dass vor allem studentische Hochschulgruppen, Einzelpersonen und Radio Hertz 87,9 drauf stehen. **Lisa Brockerhoff (ghg*ol / AStA-Vorsitz)** plädiert für eine generelle Regelung, die durch den StuPa-Vorsitz kontrolliert wird. Sie ist jedoch dagegen über Einzelpersonen zu beraten. **Oliver (ghg*ol / StuPa-Vorsitz)** ist der Meinung, der Verteiler habe sich in der jetzigen Form bewährt. Man könne überlegen, einen internen Verteiler zusätzlich einzurichten. **Hendrik Unger (g*al / Öffentlichkeitsreferat)** weist darauf hin, dass auch nicht genehmigte Protokoll über den Verteiler gesendet werden. **Benjamin Görler (PIRATEN)** meint, Sitzungen seien eh öffentlich und der Verteiler daher auch unproblematisch. **Lisa Waimann (ghg*ol)** hingegen sieht das Problem, dass durch beispielsweise die Protokollentwürfe Informationen veröffentlicht werden, die dafür nicht gedacht waren. Auch **Marvin Kühler (BieLi)** sieht darin eine Gefahr. **Malin** meint, dass man zunächst über die Funktionen des Verteilers sprechen sollte. In **Marvins (BieLi)** Augen sollte man den Verteiler interner gestalten. Protokolle und ähnliches seien nach Verabschiedung ja über die StuPa-Homepage zugänglich. **Jessica Schiebel (ghg*ol)** wünscht sich ebenfalls einen internen Verteiler, um die Möglichkeit zu haben, nicht öffentliche Informationen außerhalb einer StuPa-Sitzung zu beraten. **Jan Seelhorst (DWW / Sozialreferat)** stellt die Frage in den Raum, warum nicht auch zwei Verteiler eingerichtet werden können. Auf einem sollten dann nur die 29 StuPa-Mitglieder stehen. **Lisa W. (ghg*ol)** ist gegen eine solche starke Reduktion, da ihrer Meinung nach auch AStA- und Kommissionsmitglieder sowie weitere studentische VertreterInnen auf einem solchen Verteiler stehen sollten. **Sven Goedde (ghg*ol)** spricht sich ebenfalls dafür aus, alle studentischen VertreterInnen aufzunehmen. Er meint, Personen bei denen Interessenskonflikte befürchtet werden, sollten direkt darauf angesprochen werden. Eine Bekenntnis solcher Personen würde ihn überzeugen. **Oliver (ghg*ol / StuPa-Vorsitz)** findet den Verteiler sehr praktisch, da man viele Personen erreicht. **Malin (g*al)** plädiert dafür den jetzigen Verteiler so zu gestalten, dass nur Gremienmitglieder draufstehen und einen zweiten öffentlich zu gestalten. Sie fragt, was dann mit Listen-E-Mail-Adressen passieren soll. **Jonas Damian (Juso-HSG / StuPa-Vorsitz)** schlägt eine Unterbrechung vor bis ein konkreter Vorschlag vorliegt. **Lisa W. (ghg*ol)** beantragt, einen internen Verteiler für Gremienmitglieder und einen öffentlichen einzurichten. **Diether Horstmann (g*al / Finanzreferat)** berichtet von den Erfahrungen anderer Studierendenschaften, die es als negativ wahrgenommen haben einen mehr oder weniger offenen Verteiler zu haben. **Sven (ghg*ol)** meint, dass konkrete Fälle dann über den internen Verteiler diskutiert werden könnten. Weiterhin fragt er sich, wer dann den zweiten Verteiler beschicken darf und soll. **Malin (g*al)** sieht hier den StuPa-Vorsitz in der Pflicht. Weiterhin fragt sie, wie nachvollzogen werden soll, dass konkrete Personen hinter unpersonalisierten Adressen stehen. **Henrik Pruisken (ghg*ol)** meint, dass im Adressbuch Personen und E-Mail-Adressen vermerkt werden sollten.

Stefan Pieplau (Juso-HSG) stellt einen GO-Antrag auf Ende der Debatte. **Hendrik (g*al)** spricht sich dagegen aus.

GO	Ja	Nein	Enthaltung
	10	8	1

Damit ist der Antrag angenommen.

Antrag:

„Der StuPa-Gremienverteiler wird vom StuPa-Vorsitz derart gestaltet, dass nur noch Studis, die

Mitglied eines universitären Gremiums sind, auf diesen Zugriff haben. Desweiteren wird ein weiterer öffentlicher Infoverteiler eingerichtet.“

Änderungsantrag Benjamin Görler (Piraten):

„Füge nach Satz 1 ein: Der Gremienverteiler kann für die Verschickung von Protokollen, Anträgen, Protokollentwürfen und Diskussionen genutzt werden.“

Änderungsantrag	Ja	Nein	Enthaltung
	7	5	6

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Geänderter Antrag:

„Der StuPa-Gremienverteiler wird vom StuPa-Vorsitz derart gestaltet, dass nur noch Studis, die Mitglied eines universitären Gremiums sind, auf diesen Zugriff haben. Der Gremienverteiler kann für die Verschickung von Protokollen, Anträgen, Protokollentwürfen und Diskussionen genutzt. Desweiteren wird ein weiterer öffentlicher Infoverteiler eingerichtet.“

Gremienverteiler	Ja	Nein	Enthaltung
	9	5	4

Damit ist der Antrag angenommen.

Top 12: Anträge

Es liegt ein Antrag der studentischen Mitglieder der zentralen §8-Kommission vor. **Malin Houben (g*al)** fragt, ob diese tatsächlich nicht die sofortige Rückzahlung der Gelder fordern. Da dies bestätigt wird, hält sie den vorliegenden Antrag für nicht sinnvoll. **Henning Bielefeld (LHG)** fragt, warum es problematisch ist, dass das Rektorat mehr Geld als empfohlen ausgegeben hat. **Lisa Brockerhoff (ghg*ol / AStA-Vorsitz)** hält es für falsch, dass sich das Rektorat über Kommissionsbeschlüsse hinwegsetzt und meint, dies stelle die Funktion der §8-Kommission in Frage und sei rein willkürlich. **Hendrik Unger (g*al / Öffentlichkeitsreferat)** meint, es werde jetzt offensichtlich, dass das Gremium ein zahnlöser Tiger ist. **Jonas Damian (Juso-HSG / StuPa-Vorsitz)** möchte eine Begründung hören. **Lisa B. (ghg*ol / AStA-Vorsitz)** schlägt vor, im zweiten Satz eine Begründung für das Verhalten des Rektorats einzufordern. Dies wird von mehreren als unsinnig eingeschätzt. **Malin (g*al)** fragt, ob man ernsthaft der Meinung sei, das Rektorat müsse sein falsches Vorgehen nur begründen und dann sei es akzeptabel. **Lisa B. (ghg*ol / AStA-Vorsitz)** erklärt, dann könne man mit der Auskunft weiter arbeiten.

Jonas (Juso-HSG / StuPa-Vorsitz) stellt den Änderungsantrag den ersten Satz zu streichen. **Henrik Pruiskén (ghg*ol)** weist daraufhin, dass dann nicht mehr klar wird wozu das Rektorat Stellung nehmen soll.

Der Änderungsantrag wird wie folgt gestellt:

„Ersetze Satz 1 durch den Inhalt der Begründung. Streiche Überschrift Begründung.“

Änderungsantrag	Ja	Nein	Enthaltung
	17	0	3

Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Antrag:

„Bei der letzten Vergaberunde der zentral zu verteilenden Studiengebühren hat das Rektorat in mindestens zwei Fällen abweichend von der Empfehlung der § 8-Kommission Geld verteilt. Somit wurde die zentrale Stelle zur Organisation von Studium und Lehre vom Dez. I anstatt mit 10000€ mit 31.842€ beschlossen. Gleichfalls wurde das Projekt "Hohe Quote erfolgreichen Übergangs in

den Beruf" von SL_K5 mit 63750€ finanziert anstelle der empfohlenen 21000€. Das Studierendenparlament fordert eine öffentliche schriftliche Stellungnahme von Seiten des Rektorats zu den abweichenden Beschlüssen sowie eine Stellungnahme, wie sich das Rektorat in Zukunft die Arbeit der Universitätskommissionen vorstellt - dies vor allem auf die Stellung ihrer Empfehlungen hin.“

§8-Antrag	Ja	Nein	Enthaltung
	18	1	0

Damit ist der Antrag angenommen.

Weiterhin liegt ein Antrag der studentischen SenatorInnen vor.

Auf der kommenden Senatssitzung wollen diese den Antrag stellen, die Studiengebühren schon zum Sommersemester abzuschaffen. Die fehlenden Einnahmen könnten durch vorhandene Studiengebührenreste kompensiert werden. **Malin (g*al)** findet die Formulierung „kostenfrei“ uneindeutig und fragt sich, welchen Sinn der letzte Satz hat. Sie meint, man solle die Uni nicht noch auffordern, Studiengebührengelder auszugeben, da man sich ja gegen deren Einzug positioniere. Es gibt noch redaktionelle Änderungen. „Kostenfrei“ wird durch „in voller Höhe“ ersetzt, der letzte Satz wird gestrichen.

Max Schneider (AStA-Vorsitz) schlägt vor, als Alternativantrag zu fordern, dass die Studiengebührenhöhe reduziert wird, da eine sofortige Abschaffung eh keine Mehrheit im Senat fände.

Antrag:

„Das Studierendenparlament unterstützt den Antrag der studentischen Senator_innen zur Abschaffung der Studiengebühren und fordert die Senator_innen der Universität Bielefeld auf, den Antrag zur Änderung der Beitragssatzung zu beschließen.“

Antrag der studentischen Senator_innen zur Änderung der Beitragssatzung

Mit Wirkung zum Sommersemester 2011 werden an der Universität Bielefeld keine Studiengebühren mehr erhoben. Streiche in der Studienbeitragssatzung der Universität Bielefeld vom 15. Mai 2009 die §§ 1, 2, 5 und 6 ersatzlos.

Bereits gezahlte Gebühren für das Sommersemester 2011 werden in voller Höhe zurückerstattet.

Begründung:

Studiengebühren sind sozial ungerecht. Die jetzige Landesregierung hat diesen Punkt wohl endlich eingesehen und wird die Erhebung von Studiengebühren in NRW ab dem Wintersemester 2011/2012 abschaffen, eine frühere Abschaffung ist aus organisatorischen und nicht inhaltlichen Gründen auf Landesebene angeblich nicht möglich. Die Universität Bielefeld, kann die Abschaffung der Studiengebühren schon ab dem Sommersemester 2011 durchführen. Eine Abschaffung der Gebühren würde die Studienbedingungen für viele Studierende direkt und unmittelbar verbessern, da sie finanziell entlastet wären.

Das Studierendenparlament fordert den Senat der Universität Bielefeld auf, die Studiengebühren zum Sommersemester 2011 abzuschaffen.

Senats-Antrag	Ja	Nein	Enthaltung
	17	0	1

Damit ist der Antrag angenommen.

Lisa Waimann (ghg*ol) beantragt die Verdoppelung der Protokoll-AE für die letzte Sitzung.

Protokoll-AE	Ja	Nein	Enthaltung
	18	0	1

Damit ist der Antrag angenommen.

Top 13: Sonstiges